

---

**8088/AB XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 31.05.2011**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Unterricht, Kunst und Kultur

## Anfragebeantwortung

Bundesministerium für  
Unterricht, Kunst und Kultur



Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag. Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0117-III/4a/2011

Wien, 27. Mai 2011

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 8177/J-NR/2011 betreffend offene Fragen aus dem Kulturausschuss, die die Abg. Stefan Markowitz, Kolleginnen und Kollegen am 31. März 2011 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

### Zu Frage 1:

Im Herbst 2010 wurden dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur von der Österreichischen Nationalbibliothek Alternativlösungen zu einem umfassenden Neubau eines Tiefspeichers vorgelegt. Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Finanzierung einer sich aus dem gesetzlichen Auftrag ergebenden langfristigen Lösung der Speicherproblematik der Österreichischen Nationalbibliothek die budgetären Möglichkeiten des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur übersteigt und daher zusätzlicher (Sonder-)Mittel durch das Bundesministerium für Finanzen bedarf. Das gilt für die Komplettlösung des Neubaus ebenso wie für eine alternative Errichtung in Etappen.

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

Eine kostengünstige Zwischenlösung sieht die Forcierung der laufenden Digitalisierung der Zeitungsbestände vor, die durch freiwerdende Platzkapazitäten (die Zeitungsoriginale werden nach Digitalisierung in Speichern gelagert, die nicht für den regulären Entlehnvorgang genutzt werden) eine längere Nutzung des bisherigen Speichers ermöglicht und damit ein Übergangsszenario bis 2013 zur Entscheidung über eine langfristige Lösung erlaubt. Die diesbezügliche Vorentscheidung über die beste Lösung der Speicherfrage der Österreichischen Nationalbibliothek wird bis Ende 2011 angestrebt.

#### Zu Frage 2:

Die laufenden Kosten für die Digitalisierung der Zeitungsbestände der Österreichischen Nationalbibliothek werden dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur im Zuge der laufenden Quartalsberichterstattung übermittelt und daher nicht eigens evaluiert.

Die Österreichische Nationalbibliothek hat in den Jahren 2003 und 2007 jeweils eine EU-weite Ausschreibung der Digitalisierungsleistung (vornehmlich Zeitungen und Zeitschriften) vorgenommen und die Vergabe erfolgte jeweils an den Bestbieter. Für das Projektvolumen des Jahres 2011, das unter dem Schwellenwert liegt, wurden mehrere Angebote eingeholt, bevor eine Vergabe an den Bestbieter stattfand.

Die Kosten für die Digitalisierung der Druckwerke inklusive Periodika beliefen sich von 2004 bis 2010 auf insgesamt EUR 815.000,--. An Personalressourcen fielen im genannten Zeitraum 1,5 Vollzeitäquivalente pro Jahr an. Für die Digitalisierung konnten Fördergelder von Sponsorinnen und Sponsoren sowie im Rahmen von EU-Projekten lukriert werden. Darüber hinaus erhält die Österreichische Nationalbibliothek von Kooperationspartnerinnen und -partnern kostenfrei Scans von Periodika (Zeitungen und Zeitschriften).

Nach erfolgter Digitalisierung werden die Zeitungen wieder in den Magazinen der Österreichischen Nationalbibliothek aufbewahrt. Aus konservatorischen Gründen werden die Originale nur mehr in besonders begründeten Fällen zur Benutzung ausgefolgt.

#### Zu Frage 3:

Die für 29. März 2011 geplante außerordentliche Kuratoriumssitzung der Stiftung Österreichisches Freilichtmuseum (Stübing) wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, nachdem die Vertreterinnen und Vertreter des Landes Steiermark den Wunsch geäußert haben, weitere zukünftig mögliche Organisationsformen einer näheren Prüfung zu unterziehen. Es finden seither laufende Abstimmungen innerhalb der vom Kuratorium eingesetzten Arbeitsgruppe mit dem Ziel statt, für die für Juni vorgesehene reguläre Kuratoriumssitzung beschlussfähige Entscheidungsgrundlagen zu schaffen.

#### Zu Frage 4:

2010 habe ich den Auftrag zur Schaffung der rechtlichen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen zur Integration des Pathologisch-Anatomischen Bundesmuseums (PAM) in das Naturhistorische Museum Wien (NHM) erteilt. Die nächsten notwendigen Schritte sind die Beschlussfassung des Kuratoriums des NHM, der Abschluss eines neuen Mietvertrags mit der Universität Wien und der Beginn der ersten Phase der Sanierungsarbeiten an der Fassade des Narrenturms. Erst danach kann die administrative Zusammenarbeit zwischen NHM und PAM beginnen. Dafür ist vorerst die Beschlussfassung des Kuratoriums des NHM abzuwarten.

Zu Fragen 5 und 6:

Seitens des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur und seines Vorgängerressorts wurden von 2001 bis 2011 insgesamt EUR 79.100,-- zur Verfügung gestellt. Wie bereits im Rahmen der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr. 857/J-NR/2009 mit Schreiben vom 3. April 2009 (877/AB XXIV. GP) ausgeführt, verteilte sich diese Summe auf Kosten in Höhe von EUR 58.600,-- für die Erstellung der Roadmap zum „Haus der Geschichte der Republik Österreich“ – beauftragt 2006 durch Bundesministerin Elisabeth Gehrler (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur) und Bundesminister Günter Platter (Bundesministerium für Landesverteidigung) – sowie auf den Anteil der Kosten des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur für die Erstellung der Detailkonzeption „Haus der Geschichte Österreichs“ in Höhe von EUR 20.500,--.

Ein Vertreter der Kultursektion des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur hat im August 2009 an einem abschließenden Vorabstimmungsgespräch der am Projekt beteiligten Ministerien (Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Bundesministerium für Finanzen) und der Stadt Wien teilgenommen. Die Federführung über die weitere Entwicklung liegt beim Bundeskanzleramt und beim Bundesministerium für Finanzen, von welchen die Standort- und Finanzierungsfrage zu klären sein wird.

Im aktuellen Budget des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur sind keine Mittel für das Haus der Geschichte vorgesehen.

Die Bundesministerin:

Dr. Claudia Schmied eh.